
PRESSE-DIENST

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

... Herbstpressekonferenz 2009 ... Herbstpressekonferenz 2009 ... Herbstpressekonferenz 2009 ...

Ergebnis einer Blitzumfrage bei 36 Unternehmen mit rund 25.000 Beschäftigten in Hamburg

Die Auswertung ist am 7. Oktober 2009 abgeschlossen worden.

Eine Auswahl von Wirtschaftsführern (Vorstände/Geschäftsführer) in Hamburg ist zur Arbeit des Hamburger Senats insgesamt sowie zu den einzelnen Ressorts befragt worden. An der Umfrage haben sich die Meinungsbildner der größeren Unternehmen der Hamburger Wirtschaft beteiligt.

Gefragt wurde außerdem nach der Zusammenarbeit der Freien und Hansestadt Hamburg mit Schleswig-Holstein

Bewertung der Arbeit des Hamburger Senats, insbesondere des Ersten Bürgermeisters

36 Unternehmen mit rund 25.000 Beschäftigten haben sich zur Arbeit des Hamburger Senats geäußert.

70 % der Unternehmen sind mit der bisherigen Arbeit des Hamburger Senats zufrieden, 22 % unzufrieden, 8 % haben sich der Stimme enthalten.

Wie auch die letzten Umfragen von UVNord belegen, geht das positive Gesamtergebnis vornehmlich auf das Konto des Ersten Bürgermeisters. Dieser wird auch weiterhin als wirtschaftsnah anerkannt und respektiert. Die Wirtschaft attestiert dem Hamburger Senat weiterhin eine insgesamt positive Wirtschafts- und Standortpolitik sowie Standortentwicklung. Innerhalb der derzeit äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation gibt es aber auch kritische und negative Aussagen über die Arbeit des Senats. Die Kommunikation und der Zeitdruck bei der Schulreform, die Entwicklung der Hafengebühren, die Erhöhung der Grunderwerbssteuer sowie die Ausweitung des Haushaltsdefizites werden mit großer Skepsis betrachtet.

Die Arbeit der nachfolgend genannten Ressorts wird von den Unternehmen wie folgt bewertet (Ranking):

Behörde für Wirtschaft und Arbeit

69 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Behörde für Wirtschaft und Arbeit als gut, 14 % als verbesserungsbedürftig, 6 % als nicht gut. Die übrigen Unternehmen haben sich einer abschließenden Bewertung enthalten.

Positiv wird der Behörde eine ausgesprochen gute Wirtschaftsnähe bescheinigt. Die Arbeit des Senators selbst wird als engagiert und kompetent bewertet. Gelobt wird ferner die exzellente Beratung und Informationspolitik im Rahmen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Als verbesserungsbedürftig wird vereinzelt die zurückhaltende öffentliche Präsenz des Senators genannt.

Behörde für Inneres

50 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit dieses Ressorts mit gut, 25 % als verbesserungsbedürftig und 25 % haben sich einer abschließenden Bewertung enthalten.

Auf der Positivliste steht trotz vermehrter Sachbeschädigungen von Kraftfahrzeugen weiterhin das Thema „innere Sicherheit“, das durch die Behörde im Wesentlichen richtig eingeschätzt und angemessen umgesetzt wird.

Ferner wird dem Senator selbst Besonnenheit, Kompetenz und Durchsetzungsvermögen im politischen Alltag bescheinigt.

Kritisiert bzw. als verbesserungsbedürftig genannt wird die Kommunikationspolitik der Behörde in jüngster Vergangenheit.

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

47 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Behörde als gut, 31 % als verbesserungsbedürftig, 5 % als nicht gut und 17 % der Unternehmen haben sich einer abschließenden Stellungnahme enthalten.

Erneut wird das engagierte und kompetente Auftreten der Senatorin sowie die von ihr gesuchte Nähe zur Wirtschaft gelobt.

Als verbesserungsbedürftig wird erneut die Dauer von Genehmigungsverfahren genannt.

Daneben vermissen die Unternehmen von der Behörde klare Konzepte und fordern zügigere Entscheidungen im Bereich des Straßenbaus.

Justizbehörde

42 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Justizbehörde als gut, 25 % als verbesserungsbedürftig und 33 % der befragten Unternehmen haben sich einer abschließenden Stellungnahme enthalten.

Positiv wird dem Senator Zielstrebigkeit und Wirtschaftsverständnis attestiert.

Kritisch bewertet wird erneut die Zusammenarbeit mit den weiteren Ressorts. Hier wird mehr Abstimmung gefordert.

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

42 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Behörde als gut, 25 % als verbesserungsbedürftig, 8 % als nicht gut. Die übrigen Unternehmen haben sich einer abschließenden Bewertung enthalten.

Erneut gelobt wird die Arbeit des Senators selbst. In der Wirtschaft genießt er ein hohes Ansehen. Positiv genannt wird außerdem die Familienpolitik in der Hansestadt. Das Thema der Kinderbetreuung hat sich in diesem Jahr positiv entwickelt, kann aber an vielen Stellen weiterhin ausgebaut und verbessert werden. Positiv genannt wird außerdem die erfolgreichen Anstrengung der Behörde zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Behörde für Wissenschaft und Forschung

42 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit dieses Ressorts mit gut, 25 % als verbesserungsbedürftig und 11 % der befragten Unternehmen stellen der Behörde für Wissenschaft und Forschung ein schlechtes Zeugnis aus. 22 % der Unternehmen haben sich der Stimme enthalten.

Positiv wird der Behörde erneut bescheinigt, wichtige Impulse für die Stadt bzw. Metropolregion auszusenden.

Als verbesserungsbedürftig wird die Leistungsfähigkeit der Universitäten sowie die nach wie vor ungeklärte Standortdiskussion genannt. Scharf kritisiert wird erneut das Thema Uni-Verlagerung in den Hafen und die Evaluation der Reformen. Daneben erwarteten die Un-

ternehmen von der Hochschulplanung und dem Hochschulbau klare zukunftsfähige Konzepte unter vermehrter Berücksichtigung der Anliegen der Wirtschaft.

Finanzbehörde

39 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Finanzbehörde mit gut, 31 % als verbesserungsbedürftig, 11 % als nicht gut. 19 % der befragten Unternehmen wollten keine abschließende Bewertung vornehmen.

Erneut positiv genannt wird die Arbeit des Senators selbst, der stets das Ohr an der Basis hat.

Als verbesserungsbedürftig nennen die Unternehmen erneut die zum Teil „zähe“ Arbeitsweise in der Behörde.

Kritisiert wird die Arbeit der Behörde in Bezug auf die Schieflage der HSH Nordbank. Die Unternehmen vermissen in der immer noch andauernden HSH-Krise ein umfassendes Krisenmanagement und eine intensivere Begleitung durch den Senator sowie eine offenere Kommunikationspolitik.

Weiterhin kritisieren die Unternehmen die Grunderwerbssteuererhöhung in Hamburg.

Behörde für Kultur, Sport und Medien

Noch 28 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Behörde als gut, 39 % als verbesserungsbedürftig, 5 % dagegen als nicht gut. Die übrigen befragten Unternehmen wollten keine abschließende Bewertung vornehmen.

Positiv hervorgehoben wird erneut, dass sich Hamburg im kulturellen Bereich sehr gut weiter entwickelt. Die Pflege der Vielfalt wird hervorgehoben.

Kritisiert bzw. als verbesserungsbedürftig genannt wird vor allem der Ressortzuschnitt. Die Medien bzw. Medienwirtschaft wird von der Behörde und der Senatorin nicht mit dem notwendigen Nachdruck und der angemessenen Intensität verfolgt. Angemerkt wird ferner, dass der Bereich Medien für eine Stadt wie Hamburg wesentlich stärker hervorgehoben werden müsste. Die Behörde gleicht derzeit einem „Sammelbecken“ unterschiedlicher Themen wird häufiger kritisch angemerkt.

Behörde für Schule und Berufsbildung

22 % der Unternehmen bewerten die Arbeit der Behörde als gut, 39 % als verbesserungsbedürftig und 22 % als nicht gut. Die übrigen Unternehmen haben sich einer abschließenden Bewertung enthalten.

Positiv genannt wird das engagierte und zielstrebige Auftreten der Senatorin selbst. Ihr wird attestiert, dass sie Gegenargumenten aufgeschlossen gegenübertritt, auch wenn Sie in der Sache stringent bleibt.

Als verbesserungsbedürftig genannt wird die Umsetzung des Konjunkturprogramms II. Hier hat die Behörde nicht mit dem notwendigen Nachdruck die für die Bauwirtschaft und das Handwerk wichtigen Projekte auf den Weg gebracht.

Kritisiert wird vornehmlich die aktuelle Schulreform mit der Einführung der Primarschule. Es wird bemängelt, dass der Elternwille nicht ausreichend Berücksichtigung gefunden hat. Im Weiteren seien zu viele Reformschritte mit zu großem Zeitdruck angepackt worden. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt und die Umsetzungsmöglichkeiten seien zu positiv eingeschätzt worden.

Zusammenarbeit der Freien und Hansestadt Hamburg mit Schleswig-Holstein

42 % der befragten Unternehmen bewerten die derzeitige Zusammenarbeit Hamburgs mit Schleswig-Holstein als gut, 33 % als verbesserungsbedürftig und 3 % als schlecht. Die übrigen Unternehmen haben sich der Stimme enthalten.

Die Unternehmen vermissen nach wie vor ein entschlosseneres Auftreten der beiden Bundesländer. Sowohl in Berlin als auch in Brüssel. Die Ressourcen des gemeinsamen Hanse-Office werden nicht ausreichend genutzt. Die Unternehmen hoffen, dass die Regierungen beider Länder nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein nun neue gemeinsame Projekte mit einem strukturierten Vorgehensplan und konkreten Zieldefinitionen umgehend auf den Weg bringen. Weiterhin wird kritisch angemerkt, dass Schleswig-Holstein und Hamburg sich endlich nicht mehr aus dem Blickwinkel von Konkurrenten beschauen sollen, sondern gemeinsam z.B. bei der dringend notwendigen Elbvertiefung und der Umsetzung der Konjunkturprogramme kraftvoll nach vorne gehen müssen.

Die Unternehmen erwarten einen Schulterchluss von Hamburg und Schleswig-Holstein bei der HSH-Problematik sowie bei dem Abbau der Verschuldung.

Fazit

Hamburgs Wirtschaft ist mit der bisherigen Arbeit des Senats insgesamt zufrieden. 70 % der befragten Unternehmen attestieren dem Senat eine gute Arbeit. Dies gilt insbesondere für den Ersten Bürgermeister. Die Unternehmen erwarten aber von der Politik gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine verlässlich und entschlosseneren Unterstützung sowie die Stärkung des Wirtschaftsstandorts.

Die Arbeit der einzelnen Senatsmitglieder und Ressorts wird seitens der Hamburger Wirtschaft jedoch höchst unterschiedlich bewertet. Die Bewertung weicht jedoch in einzelnen Punkten von der Einschätzung von UVNord in der Zusammenarbeit mit dem Senat, insbesondere mit den Behörden ab.

Im Gesamtvergleich bzw. im Ranking ergibt sich nachfolgendes Bild:

- Platz 1: Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
- Platz 2: Behörde für Inneres**
- Platz 3: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**
- Platz 4: Justizbehörde**
- Platz 5: Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz**
- Platz 6: Behörde für Wissenschaft und Forschung**
- Platz 7: Finanzbehörde**
- Platz 8: Behörde für Kultur, Sport und Medien**
- Platz 9: Behörde für Schule und Berufsbildung**

Hamburg, 9. Oktober 2009